

BEKANNTMACHUNG

Die Stadt Stutensee hat beim Landratsamt Karlsruhe, Beiertheimer Allee 2, in 76137 Karlsruhe, für die Kläranlage in Blankenloch die Neuerteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Einleitung von geklärtem Abwasser in die Pfinz-Heglach beantragt.

Da dieses Vorhaben in den Anwendungsbereich des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) fällt, wurde eine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVP durchgeführt. Im Rahmen der Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der unteren Wasserbehörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 zum UVP aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 25 Abs. 2 UVP zu berücksichtigen wären. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung kann deshalb unterbleiben. Das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung wird am 24.07.2019 auf der Internetseite des Landratsamtes Karlsruhe der Öffentlichkeit bekanntgemacht.

(<https://www.landkreis-karlsruhe.de/Aktuelles-Landkreis/Aktuelles/Amtliche-Bekanntmachungen> Umweltverträglichkeitsprüfung / UVP-Vorprüfung). Gemäß § 5 Abs. 3 UVP ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar. Die Unterlagen zur UVP-Vorprüfung sind Bestandteil der ausgelegten Antragsunterlagen.

Die Antragsunterlagen werden vom 08.08.2019 bis 09.09.2019 bei der Stadt Stutensee, Zimmer Nr. 305, Herr Stober, während der Sprechzeiten ausgelegt oder können auch auf der Internetseite des Landratsamtes Karlsruhe (s.o.) unter <https://www.landkreis-karlsruhe.de/Aktuelles-Landkreis/Aktuelles/Amtliche-Bekanntmachungen> / Umweltrechtverfahren / Wasserrecht eingesehen werden.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Stutensee, Rathausstraße 3, 76297 Stutensee oder beim Landratsamt Karlsruhe - Amt für Umwelt und Arbeitsschutz -, Beiertheimer Allee 2, 76137 Karlsruhe Einwendungen gegen das Vorhaben erheben.

Es wird darauf hingewiesen, dass

- a) nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist alle Einwendungen ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen,
- b) nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist wegen nachteiliger Wirkungen der Benutzung, Auflagen nur verlangt werden können, wenn der Betroffene die nachteiligen Wirkungen während des Verfahrens nicht voraussehen konnte,
- c) nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist, Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis oder einer Bewilligung in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden können,
- d) Ansprüche zur Abwehr von nachteiligen Wirkungen durch die Gewässerbenutzung, die durch eine unanfechtbare gehobene Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen ist, nach Maßgabe des § 16 WHG nicht mehr oder nur noch eingeschränkt geltend gemacht werden können,
- e) rechtzeitig erhobene Einwendungen in einem Erörterungstermin behandelt werden,
- f) in dem Erörterungstermin bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden kann,
- g) die Unterrichtung über den Erörterungstermin ebenso wie die Zustellung der Entscheidung durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen kann, soweit mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind,
- h) die wasserrechtliche Erlaubnis unbeschadet privater Rechte Dritter erfolgt.

Datum/Unterschrift Bürgermeisterin